

23. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 06. April 2013 in Falkenberg/Elster

Beschluss

Seite 1 von 2

1 **Energiepolitik**

2
3 Das wichtigste Wort für die Zukunft der Energie- und Ressourcenpolitik in Deutschland ist
4 Nachhaltigkeit. Deutschland muss es schaffen, sich von Rohstoffgewinnung und
5 Rohstoffimporten so unabhängig wie möglich zu machen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden,
6 wenn so viele Stoffkreisläufe wie möglich geschaffen werden können. Die Aufgabe von Politik
7 ist es daher die Wissenschaft zu unterstützen und die Wirtschaft zu fordern, um ein möglichst
8 nachhaltiges Deutschland so schnell wie möglich zu erreichen. Einseitige Überförderung
9 einzelner Technologien und aktuell technisch nicht realisierbare Ziele für die ferne Zukunft
10 vorzugeben, bringen hingegen nur Unruhe in den Markt und die Wissenschaft und verhindern
11 so wichtige Investitionen in die Zukunft.

12 13 14 **Energiegewinnung**

15
16 Die EEG-Novelle hat ihre ursprüngliche Funktion den Ansturm der erneuerbaren Energien
17 mehr als erfüllt. Aufgrund des strukturellen Aufbaus steht die EEG-Umlage einem weiteren
18 Ausbau der erneuerbaren Technologien eher im Weg und sollte deswegen gestoppt und durch
19 ein neues Modell ersetzt werden. Durch die auf 20 Jahre garantierte Einspeisevergütung kann
20 es natürlich nur ein Auslaufen des bestehenden EEG geben.
21 Da das gesellschaftliche Hauptziel vor allem die Senkung des CO₂-Ausstoßes pro kWh ist,
22 sollte sich das neue Modell auch genau daran orientieren. Wir fordern deswegen die Einführung
23 einer Quotenregelung auf der Grundlage eines CO₂-Emissionsfaktors. Konkret bedeutet dies,
24 dass alle Stromanbieter in Deutschland über das gesamte Jahr gerechnet mit jedem Tarif einen
25 festzulegenden Grenzwert (gCO₂/kWh) nicht überschreiten dürfen. Dieser Emissionsfaktor ist
26 vom Gesetzgeber kontinuierlich sinkend vorzugeben.
27 Dieses neue System führt dazu, dass sich die wirtschaftlichsten Technologien am Markt
28 durchsetzen. Wichtig für die Umsetzung dieses Systems ist die Klassifizierung der
29 Energiequellen und -träger. Die Klassifizierung der verschiedenen Energieträger und Kraftwerke
30 sollte sich möglichst am „Greenhouse Gas Protocol“ vom „World Resource Institute“ (WIR) und
31 „World Business Council for Sustainable Development“ (WBCSD) orientieren. So werden alle
32 Stromerzeugungsformen mit ihrer wahren Klimabelastung erfasst und miteinander verglichen.
33 Weiterhin ist eine Staffelung in Gruppen ratsam, um den Handel an der Leipziger Strombörse
34 zu vereinfachen. Diese Regelungen können dann abgelöst werden, wenn es zu einem
35 weltweiten, funktionierenden CO₂-Handel kommt.
36 Die Förderung von Primärbiomasse muss stark eingeschränkt werden.

37 38 39 **Kosten der Energiewende**

40
41 Die Politik muss bei allem Eifer zur Energiewende darauf achten, dass weder die Bürger noch
42 die Wirtschaft von den Kosten überfordert werden. Eine gleichmäßige Verteilung aller Kosten ist
43 hierbei besonders wichtig. Wir sprechen uns daher auch für eine bundesweit, einheitliche
44 Netzumlage aus. Diese Regelung würde den häufig auftretenden Effekt, dass der Strom dort
45 am meisten kostet wo er produziert wird, beenden.
46 Gesonderte Stromtarife für Einzelgruppen der Bevölkerung oder ein kostenloses
47 Energiegrundpaket lehnen wir ab. Das Umlageprinzip, welches zum Großteil immer vom
48 Mittelstand getragen werden muss, darf nicht weiter ausgebaut und auf andere Bereiche, wie
49 bspw. die Stromrechnung, erweitert werden.
50
51
52

Energieeffizienz

Der Bereich der Energieeffizienz ist ein weiterer wichtiger Punkt hin zu einer nachhaltigeren Energie- und Ressourcenpolitik. Deswegen muss der Staat auch weiterhin die energetische Optimierung fördern und fordern. Dabei dürfen Bürger und Unternehmen aber nicht überfordert werden und sollten ebenso wenig mit „Abwrackprämien“ jeglicher Art zum Kauf neuer Geräte oder Anlagen verleitet werden, da dies aus ökologischer Sicht meist keinen Sinn macht und nur die deutsche Binnennachfrage stärkt. Die Förderungen und Forderungen bei energetischer Sanierung müssen künftig individueller gestaltet werden. Gerade bei denkmalgeschützten Gebäuden kommt es bisher oft zu Interessenkonflikten, die in Einzelfallprüfungen analysiert werden müssen. Wärmedämmung und Heizungssysteme sind an jedem Gebäudetyp unterschiedlich sinnvoll und dürfen deswegen nicht pauschal eingefordert werden. Eine Überdämmung ist ökologisch genauso sinnlos wie der Einbau einer ungeeigneten Heizungsanlage. Vor allem eine flächendeckende Aufklärung und Energieberatung sind wichtig, um optimale Lösungen für jedes Objekt zu finden. Eine Kopplung von Förderinstrumenten an die Umsetzung der Empfehlungen aus unabhängigen Energiegutachten ist dabei denkbar. Da die Bereitschaft relativ große Investitionen zur langfristigen Senkung des Verbrauchs zu tätigen meist nicht ausreicht und vor allem Konsumenten noch zum Kauf des kurzfristig preiswerten Produktes neigt, fordern wir die Etablierung eines sogenannten „Top-Runner-Programms“ als eines der wichtigsten Instrumente zur Erhöhung der Energieeffizienz. Dabei werden die innovativsten und sparsamsten Investitions- und Gebrauchsgüter mittelfristig automatisch zum Mindeststandard.

Verkehr

Für ein ökologischeres Verkehrswesen muss die Infrastruktur für den Güterverkehr neben dem Straßenverkehrsnetz, also Schienen- und Wasserstraßennetz, instand gehalten und vor allem deutlich weiter ausgebaut werden. Umso mehr Güter mit einem Mal transportiert werden, umso weniger Energie muss dafür aufgewendet werden. Bei der Entwicklung der Antriebstechnologien für Pkws, den ÖPNV und den Güterverkehr fordern wir eine technologieoffene Förderung. Von der Politik formulierte Ziele, wie 1 Million Elektrofahrzeuge bis 2020, behindern den Wettbewerb der Technologien untereinander. Es muss darum gehen, die Energieeffizienz und Umweltfreundlichkeit des Straßenverkehrs deutlich zu erhöhen. Es gibt derzeit mehrere Möglichkeiten perspektivisch oder sofort „klimaneutral“ ein Fahrzeug anzutreiben. Neben dem batteriegestützten Elektroantrieb wird beispielsweise auch weiterhin an Brennstoffzellen, Erdgasautos und weiteren Möglichkeiten geforscht und gearbeitet. Auch darf hierbei die Bezahlbarkeit nicht aus dem Auge gelassen werden. Denn obwohl Benzin und Diesel aktuell immer teurer werden, sind sie steuerbereinigt meist deutlich kostengünstiger als die möglichen alternativen Energieträger.

Forschung und Technik

Der Weg, um die „konventionellen“ Energieträger abzulösen, muss durch die Forschung noch lange Zeit geleitet und begleitet werden. Hierbei ist die Technologieoffenheit und die darauf aufbauende Gleichbehandlung und Förderung der Forschung nötig. Eine Konzentration auf einen Weg könnte wichtige Innovationssprünge in anderen Bereichen verzögern oder gar verhindern. Individuelle Förderungssysteme zur Markteinführung neuer Technologien sollten auch weiterhin möglich sein. Dabei darf es allerdings nie wieder zu einer so drastischen Überförderung wie im Zuge der aktuellen EEG-Novelle kommen.